

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Michael Selk (SPD)

**Betr.: Zwischenfall mit radioaktivem Transportgut
auf dem Flughafen Fuhlsbüttel**

Wie aus der Tagespresse zu entnehmen war, sind am 4. Dezember 1988 auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel beim Entladen von hochgiftigem, radioaktivem Thallium 207 aus einer Linien-Passagiermaschine der Lufthansa zwei der Papptransportbehälter, vermutlich vom Regen aufgeweicht, stark beschädigt auf dem Flugfeld entdeckt worden. Es wurde Strahlenalarm ausgelöst.

Ich frage den Senat:

1. Zu welchen Erkenntnissen führten die im Zusammenhang mit dem Strahlenalarm durchgeführten Maßnahmen?
2. Welche Menge Thallium 207 wurde mit der Linien-Passagiermaschine transportiert?
 - a) Entsprach dieser Transport einer solchen Menge den gesetzlichen Bestimmungen?
 - b) Entsprachen die Art und Weise der Verpackung sowie der Beförderung nach und des Umschlags in Hamburg den gesetzlichen Bestimmungen?
Wenn ja, wie konnten zwei der Behälter mit radioaktivem Thallium 207 stark beschädigt werden?
3. War der Strahlenschutzbeauftragte des Flughafens zur Zeit des Zwischenfalls, d. h. am Sonntag gegen 19 Uhr, erreichbar?
Wenn nein, warum nicht?
4. Ist es zulässig, radioaktives Material auf (Linien-Passagier-)Flügen zu transportieren?
Wenn ja, gibt es dafür im Hinblick auf bestimmte Substanzen besondere Beförderungsbedingungen bzw. -beschränkungen, und welchen Inhalts sind sie?
5. Ist dem Senat bekannt, welcher Art und welchen Umfangs die jährlich (in den letzten Jahren) auf dem Flughafen umgeschlagenen radioaktiven Stoffe sind? Bitte nach Jahr, Substanz und Menge spezifizieren.

16. 12. 88

Antwort des Senats

Von einem ausgelösten „Strahlenalarm“ ist in der Behörde für Inneres nichts bekannt; am Sonntag, dem 4. Dezember 1988, gegen 19 Uhr wurden die Feuerwehr und die Polizei über einen Schadenfall mit radioaktiven Gütern auf dem Flughafen Fuhlsbüttel benachrichtigt.

Bei Entladearbeiten aus einer Lufthansa-Maschine wurden beschädigte Versandstücke, die mit Gefahrzetteln „radioaktiv“ gekennzeichnet waren, festgestellt. Die von den Spür- und Meßtrupps der Feuerwehr durchgeführten Messungen an den beschädigten Verpackungen und im Flugzeug ergaben keine Anzeichen einer radioaktiven Strahlung. Nach den Erkenntnissen der Feuerwehr waren lediglich die äußeren Pappverpackungen infolge Feuchtigkeit beschädigt, nicht aber die inneren Transportbehälter.

Das Amt für Arbeitsschutz ist am 5. Dezember 1988 gegen 9 Uhr informiert worden, daß im Isotopenraum des Flughafens — für den eine Genehmigung zur Lagerung von sonstigen radioaktiven Stoffen erteilt worden ist — Versandstücke mit sonstigen radioaktiven Stoffen eingelagert worden waren, deren äußere Verpackung feucht sei. Die Sachstandsfeststellung begann gegen 10.30 Uhr vor Ort. Sie hat ergeben, daß an den Außenseiten von vier Versandstücken mit dem radioaktiven Stoff Thallium 201 keine Kontaminationen festzustellen waren. Die Versandstücke waren aufgrund der Messungen der Dosisleistung mit dem erforderlichen Gefahrzettel I, weiß, bzw. II, gelb, gekennzeichnet. Das Amt für Arbeitsschutz veranlaßte, daß die Versandstücke transportsicher verpackt wurden.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

Zu 1.:

Siehe Vorbemerkung.

Zu 2.:

Gemäß vorliegenden Frachtpapieren wurden 2,22 GBq Thallium 201 transportiert.

Zu 2. a):

Ja.

Zu 2. b):

Ja. Die inneren Transportbehälter waren auch nicht beschädigt; lediglich die äußere Verpackung (vgl. Vorbemerkung).

Zu 3.:

Ja.

Zu 4.:

Die Beförderung radioaktiver Stoffe im Luftverkehr ist zulässig unter Beachtung der Bestimmungen des Luftverkehrsgesetzes und der Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) in Verbindung mit den internationalen Gefahrgutvorschriften für Luftfahrzeuge (ICAO/Technical-Instructions —TI— bzw. IATA/Dangerous Goods Regulation). In den internationalen Gefahrgutvorschriften für Luftfahrzeuge ist im einzelnen festgelegt, welche radioaktiven Güter für den Lufttransport zugelassen sind bzw. unter welchen Bedingungen und Beschränkungen sie in Passagier- oder Frachtmaschinen befördert werden dürfen. Die Erlaubnis für die Beförderung gefährlicher Güter erteilt nach § 78 Absatz 1 LuftVZO das Luftfahrt-Bundesamt, Außenstelle Frankfurt/Main.

Zu 5.:

Nein; es erfolgen lediglich betriebsinterne Aufzeichnungen der ein- und ausgehenden Versandstücke, nicht jedoch der ungeschlagenen.